

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionssitz: Tageblatt Riesa.  
Sammel Nr. 20.

Postleitzettel: Leipzig 2100.  
Sammel Riesa Nr. 22.

## Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 132.

Donnerstag, 10. Juni 1920, abends.

73. Jahrg.

**Das Riesaer Tageblatt** erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postkantor monatlich 4.00 Mark ohne Postgebühr. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabedates sind ab 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorauflösung zu bezahlen; eine Gebühr für 3 Geschichten an bestimmten Tagen und Wänden wird nicht übernommen. Preis für die 42 mm breite, 3 mm hohe Grünschilder-Blätter (7 Silber) 1.10 Mark, Preis 1.— Mark; geprägter und tabellarischer 1.— Mark, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgesellschaft 30 Pf. pro Seite. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versiegt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsverlängerung "Brüderlein an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiges Ereignis — Sitzungen des Gemeinderats und der Deputierten, der Dörfer, der Lizenzen oder der Förderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Post und Verlag:** Panner & Winterlich, Riesa, Reichsstraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Ausarbeitung: Wilhelm Dittich, Riesa.

Abdruck aus Nr. 118 des „Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers“ vom 2. Juni 1920.

### Bekanntmachung.

Für den Bereich des Sachsischen Steinkohlenfondats gelten an Stelle der in der Bekanntmachung vom 28. April 1920 veröffentlichten Preise für einzelne Brennstoffarten folgende Preisfeststellungen:

Brechtauball von Wilhelmsdörfchen anstatt	Mt. 191.—	Mt. 177.—
Koksgrus von Gräbzig, St.-Ahl.-Werke, anstatt	Mt. 180.70	Mt. 164.40
Koksgrus von Radebeuler Werken Brückenberg und		
Wilhelmsdörfchen anstatt	Mt. 180.70	Mt. 164.40

Berlin, den 31. Mai 1920.

Aktiengesellschaft Steinkohlenverband.

Reit. Lößler. 601 K 2428

### Butter und Schweineschmalz betrifft.

**Abschnitt 21.** gültig vom 14.—20. VI. darf nur mit einem Achtel Stückchen Butter beliefert werden. Jeder Verfassungsberechtigte erhält gleichzeitig noch 1/4 Pfund Schweineschmalz für Mt. 11.50.

Großenhain, am 10. Juni 1920.

183 g IV.

Der Kommunalverband.

Die öffentlichen Anbauten werden Mittwoch, den 10. Juni ab 18. von nachmittags 1/4 Uhr an für die Ersatzmühle, von nachmittags 1/4 Uhr an für die Wiedermühle im Gasthof Seidenwitz vorgenommen.

Wieda b. Riesa, am 10. Juni 1920.

Der Gemeindevorstand.

### Verständliches und Sachsisches.

Riesa, den 10. Juni 1920.

\* Tumultus in den betrieb. Bei den Berichten über die letzte Stadtverordnetenversammlung hat sich ein Irrtum eingeschlichen. Es ist nämlich nicht die Meinung vertreten worden, dass das Tumultusfachgefecht vom 14. Mai ds. J. nicht auch die am 15. März ds. J. entstandenen Schäden betreffe. Vor allem aber herrscht über die sogenannte Ausschaltung keine Klarheit, und deshalb empfiehlt es sich alle Betroffenen — ohne grohe Hoffnung auf tatsächliche Entschädigung — hinzutun — ihre Schäden unverzüglich bei der Amtshauptmannschaft Dresden anzumelden, da die Frist dazu möglicherweise am 15. Juni abläuft.

\* Allgemeine Ortskrankenkasse Riesa. Man berichtet uns: Die Allgemeine Ortskrankenkasse Riesa bietet am Mittwoch, den 9. Juni 1920 im Volkshaus eine Ausstellung ab, die nur schwach besucht war. Zum vorliegenden Gesellschaftsbericht für das Jahr 1919 wurde vom Vorsthenden zunächst darauf hingewiesen, dass der günstige Abschluss der Kasse wohl in der Hauptkasse darauf zurückzuführen ist, dass die alten Krankengeldsätze bisher vollständig unzureichend waren und daher die Mitglieder bei Erwerbsunfähigkeit die Kasse nicht lange in Anspruch nehmen konnten. Der Überblick von 79 322 Mt. vom Jahre 1919 hat sich in den verlorenen 5 Monaten schon verschärft. Durch die ungeheure Preistieflerung der Medikamente, insbesondere der Verbandstoffe, die gegenwärtig mehr als das 40-fache des Friedenspreises kosten, die neuen Leistungen der Wundfürsorge, erhöhte Arzt- und Verwaltungskosten, ist ein beträchtlicher Rückgang des Vermögensbestandes eingetreten. Vom vereideten Bürgermeister Dresden, der das Rechnungsweck einer eingehenden Prüfung unterzog, wird auch Beitragsabnahme zur Sicherung der Finanzen empfohlen. Nach Erhaltung der Berichte der Kassenvereinigung sprach man Entlastung der Jahresrechnung für 1919 aus. Hierauf kommt der vom Kassenvorstand beschlossene 4. Nachtrag zur Kostenabrechnung zum Vortrag. Die Grundlöhne sind von 3—30 Mt. festgesetzt und mit Berücksichtigung auf die zu erwartenden hohen Arztkosten (es muß mit einer 200 bis 300 prozentigen Erhöhung gerechnet werden) werden die Beiträge mit Wirkung vom 23. Juni 1920 von 4%, auf 6% der Grundlöhne erhöht. Hierbei wünscht man aber, dass das tägliche Krankengeld wieder nach dem Stande der alten Sanktion, also nach 2 Dritteln des Grundlohns, gezahlt werde. Der Antrag wird in getrennter Abstimmung angenommen. Vorstand und Kassenverwaltung geben alsdann ausführliche Erklärungen über den Herkunftszeitraum. Dieser dürfte wahrscheinlich noch bis 15. Juni 1920 andauern. Einigungsverhandlungen der maßgebenden Verbände sind jedenfalls im Gange. Da die bestehenden Verträge seitens der Vereinigung zu Unrecht gebrochen wurden, wird man mit Schadensersatzklagen gegen dieselbe vorgehen. Die jetzt gezahlten Arzthonorare müssen letzten Endes zum Nutzen der Kassen führen. Ein Gutes hat jedoch der Reich mit den Verträgen zuwege gefördert, indem viele Kreise der Verbündeten jetzt die billige Hilfe der Naturheilkundigen in Anspruch nehmen. Die Kassenverwaltungen haben allen Grund, diesen Verhandlungen so weit wie möglich entgegen zu kommen. Am Aufklärung nach dieser Richtung hin soll es nicht fehlen. Ein Versicherungsvertreter verlangt, dass die Naturheilkundigen mit gleichen Rechten wie die Ärzte zur Kassenpraxis zugelassen werden. Dieser Antrag wird einstimmig dem Kassenvorstand überwiesen. Dadurch, dass alle Arztkostenwendungen voll erlaubt werden und die Entnahme der Medikamente aus den Apotheken geregelt ist, sind alle Benachteiligungen der Verbündeten ausgeschlossen. Betriebe der Vereinigung der Ortskrankenkassen Riesa-Gröba liegen von maßgebenden Stellen auskunftslos vor, dass die Sache ausichtslos ist, weil eine derartige Verschmelzung gegen die Bestimmungen der Reichsversorgungsordnung wäre. Es wird aber wahrscheinlich ein Zweckverband sämtlicher Ortskrankenkassen des Bezirks Großenhain zustande kommen. Schließlich erachtet der Kassenwirksame die Verhandlung, so weit wie möglich für das neuerrichtete Wirtschafts-Bad zu wirken. Vom Verein für Gesundheitspflege sind uns Eintrittskarten übermittelt, die an Kassenstellen zu ermäßigten Preisen an Verbündete und deren Angehörige ausgegeben werden.

\* Die sächsischen höheren Beamten und der Deutsche Beamtenbund. Durch die Preise läuft eine Rote, nach der die sächsischen höheren Staatsbeamten angeblich dem Deutschen Beamtenbund nicht mehr angehören, ja sogar mit den übrigen höheren Beamten zusammen von dem Bunde ausgeschlossen werden sollen. Der Deutsche Beamtenbund hat anlässlich des Deutschen Beamtenfestes in Berlin Ende Mai lediglich allen Beamtenorganisationen das Stimmrecht verliehen, die in ihrem Aufbau den Satzungsbestimmungen dafür nicht entsprechen. Außerdem würden zahlreiche Mitglieder im Beamtenbund doppelt vertreten gewesen. Unter diesen Organisationen

befand sich auch der BUND höherer Beamter, der überwiegend preußische Beamte zu seinen Mitgliedern zählt. Die sächsischen höheren Staatsbeamten gehören nach wie vor fast vollständig dem Deutschen Beamtenbund an als Mitglieder des Bundes sächsischer Staatsbeamten (Beamtengewerkschaft). Ihr Auschluss oder Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund ist nie im Betracht gekommen; die daran anknüpfenden Mitteilungen und Gerüchte sind daher völlig unbegründet.

\* Abholung von Häute. Leder- und Schuhbörsen. Nach mehrmaligen Verhandlungen unter Befreiung der sächsischen Handelskammer mit Vertretern der Häute- und Fellbranchen, der Lederfabrikation, des Lederverbands, der Schuhwarenindustrie, Fabrikation u. Handel, der Lederwaren- und Teerabrikation ist die regelmäßige Abholung von Häute, Leder und Schuhbörsen beschlossen worden, die in Leipzig an jedem ersten Donnerstag im Monat abgehalten werden. Hierzu besonders eingeladen sind die Angehörigen der vorgenannten Geschäftszweige aus dem Freistaat Sachsen, der Provinz Sachsen und Großheringen.

\* Anrechnung von Versorgungsgebühren. Bisher wurden Renten, die ein Erwerbstreuer berechtigt, für die Beurteilung der Bedürftigkeit zu zwei Dritteln ihres Betrages in Betracht gezogen. Nach einer neuen Verordnung des Reichsarbeitsministers dürfen solche Rentenbezieher bei der Beurteilung der Bedürftigkeit nur noch zur Hälfte ihres Betrages berücksichtigt und auch nur in dieser Höhe auf die Erwerbstolrenunterstützung in Anrechnung gebracht werden.

\* Der Steuerabzug vom Arbeitslohn. Die "Deutsche Allg. Zeitung" schreibt: "Die Bestimmung über die völkerliche Erhebung der Einkommensteuer wird durch Abzug vom Arbeitslohn, die mit dem 25. Juni in Kraft treten (wie wir bereit mitgeteilt haben), sagen im einzelnen folgendes: Bei jeder Lohnzahlung hat der Arbeitgeber 10 Prozent des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten; soweit die Auszahlung des Arbeitslohnes aus einer öffentlichen Kasse erfolgt, gilt diese als Arbeitgeber. Arbeitslohn im Sinne des Verordnungen ist jede in Geld oder Geldequivalent bewertete einmalige oder wiederkehrende Vergütung für Arbeitsleistungen, insbesondere Gehälter, Bejoldungen, Löhne, Tantieme, Gratifikationen, Bargelder, Ruhegehalter und Pensionen. Der Wert von Naturalbezügen ist zur Bezeichnung des einzubehaltenden Betrages mit dem Betrage anzutrechnen, der sich aus den Tarifvereinbarungen ergibt. Jeder Arbeitnehmer hat sich für das Rechnungsjahr 1920 (1. 4. 20 bis 31. 3. 21) von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Für den einbehaltenden Betrag hat der Arbeitgeber Steuermarke in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzulegen und zu entwerten. Die Steuermarke werden von den Postanstalten verkauft. Die Anrechnung der im Rechnungsjahr 1920 eingelobten Steuermarke auf die in diesem Jahr zu entrichtende Einkommensteuer findet erst nach der endgültigen, noch Ablauf des Kalenderjahrs 1920 vorzunehmenden Veranlagung statt, es sei denn, dass dem Arbeitnehmer ein Steueranforderungsschein über die 1920 vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer zugesangen ist. In diesem Fall kann der Arbeitnehmer die eingelobten Steuermarke auf die zu entrichtende Steuer anzuheben. Das Landesamt für Steuern kann auf Antrag des Arbeitgebers zulassen, dass eine Verwendung von Steuermarke unterbleibt, und das die Einzahlung des durch den Arbeitgeber einbehaltenden Betrages in bar oder durch Überweisung auf das Konto der für den Arbeitnehmer zuständigen Steuerbehörde erfolgt. Für die Einhaltung und Entrichtung des gehobenen Abzugs vom Arbeitslohn hat der Reichs neben dem Arbeitnehmer der Arbeitgeber als Gesamtabnehmer.

\* Sachsen's ehemaliger Kronprinz wird Geistlicher. Aus Lüdingen wird gemeldet: Der ehemalige Kronprinz von Sachsen hat sich in der theologischen Fakultät der hierigen Universität einschreiben lassen und obliegt dem Studium der Theologie, um Priester zu werden. Sein Onkel, Prinz August von Sachsen, ist bekanntlich katholischer Priester.

\* Hafser- und Hafermals zur Bierbereitung. Die Reichsgetreidekammer hat die Gültigkeit der Verwendung des von den Brauereien selbst erzeugten oder freihandig angekauften Hafers oder Hafermales mit dem Vorbehalt genehmigt, dass die Mengen auf das den Brauereien auftretende Kontingent von 15 Prozent angewandt werden. — Maßnahmen gegen die Kapitalflucht. Die Verordnungen der Landesfinanzämter Leipzig und Dresden gegen die Kapitalflucht erlauben auf Grund neuer Verhüttungen einige Veränderungen und Ergänzungen. Die öffentlichen Kassen und Behörden sind jetzt nicht mehr zur Einreichung eines ausführlichen Städteverzeichnisses der bei ihnen hinterlegten Wertpapiere verpflichtet. Es genügt, dass sie bei den Kassen die Hinterlegung zulässigen Finanzämtern

ein Verzeichnis der Hinterlegungen und zwar erstmals bald nach dem Stande vom 30. Juni 1919 mit den Angaben bis zum 31. Dezember 1919 einreichen. Bei künftigen Hinterlegungen ist die Benachrichtigung des Finanzamtes binnen acht Tagen nicht mehr erforderlich, sondern es hat nur noch die Einreichung von Angangstlisten und zwar einmal bis zum 1. Mai eines jeden Jahres zu erfolgen. Die Erleichterungen für die Einlösung hinterlegter Gewinnanteilscheine und für die Einlösung ausgelöster, gefündigter oder zur Rückzahlung fälliger Stammpapiere. Die Anordnungen haben jedoch nicht in allen Fällen von Hinterlegungen bei öffentlichen Kassen oder Behörden zu erfolgen, sondern sich auf diejenigen Wertpapiere zu befränken, deren Käufer oder Anteilseigner mit Erneuerungsschein bei der Kasse oder Behörde mit hinterlegt sind und deren Zins oder Gewinnanteilschein von der öffentlichen Kasse eingelöst werden.

\* Abgabefähigkeit von Zuwendungen für die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vom steuerbaren Einkommen. Die Beiträge an mildtätige und gemeinnützige Vereinigungen dürfen von dem Einkommen, das der Berechnung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zugrunde gelegt wird, in Abzug gebracht werden, soweit ihr Gesamtbetrag nicht mehr als ein Drittel des Einkommens des Einkommensteuerpflichtigen beträgt. Hierunter fallen vor allem auch Zuwendungen zugunsten Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener an den Reichs- und Landtag der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge und an die amtlichen Hauptfürsorgekassen und Fürsorgekassen der Kriegsbeschädigten u. Kriegshinterbliebenenfürsorge.

\* Steigerung der Erträge durch Düngung. Die Düngemittelserzeugung hat sich im Verlauf dieses Jahres so weit gebessert, dass den Landwirten nur roten werden kann, von der Anwendung künstlicher Düngemittel, wo irgend angängig, auszugehen zu machen. Zur Zeit dürfte es im allgemeinen mit dem Anwendung künstlicher Düngemittel für die diesjährige Ernte zu fast sein. Immerhin gibt es Früchte — auch in den ebenen Teilen Sachsen —, die eine Düngung mit konzentrierten, sofort wirkenden künstlichen Düngemitteln, wie Superphosphat, 20—40 proz. Kaliflas, Chlorfels und vor allem hochkonzentrierten Düngemitteln noch sehr gut vertragen und auch können. So z. B. ist eine Anwendung der Nüsse, der Kohlarten, des Gemüses und vor allem der Kartoffeln noch nicht zu fördern, sondern wirkt, günstige Witterung voran, noch sehr ertragsteigernd. Bei Kartoffeln kann man künstliche Düngemittel, vor allem Zitronen, mit Aussicht auf Erfolg noch vor jeder Ernte geben, bei Kartoffeln sogar noch vor dem Hochstreichen der Dämme, wodurch Mehrerträge von 20 Centner je Acker und darüber hinaus erzielt werden können. Des weiteren haben sich vor allem wiederum die hochkonzentrierten Düngemittel bei der Düngung von Weizen und Brotkorn gerade in den Monaten Juni und Juli als außerordentlich ertragsteigernd erwiesen. Im Sommer zweckentsprechend gehobene Weizen und Brotkorn geben nicht nur eine bessere Herbst- und Winternung, sondern ermöglichen auch eine frühzeitige und höhere Nutzung im Frühjahr als nicht oder nur ungern geduldige. Eine intensive Weizen- und Brotkornanwendung ist im allgemeinen nur bei intensiver Düngung möglich.

\* Ein Forschungsinstitut für Lederindustrie soll, wie die "Dr. Vollzeitung" meldet, in Sachsen errichtet werden. In welche Stadt es kommen wird, ist noch unentschieden; doch werden vorzugsweise in erster Linie Freiberg oder Dresden in Betracht kommen. Durch eine Vorlage Nr. 78 wird von der Postkammer ein einmaliger Beitrag von 500.000 Mark und ein laufender von jährlich 50.000 Mark gefordert für den Fall, dass das Institut wirklich nach Sachsen kommt.

\* Eine gewaltige Erhöhung der Preise für Gemüsekonserven. Wenn schon im vorigen Jahre die Preise für Gemüsekonserven als sehr hoch angesehen wurden, so sollen sie aus Handelskreisen gefündet werden, die in den nächsten Wochen auf den Markt kommen. Die Konserven heute noch bedeutend teurer sein. Die Preissteigerung beträgt ungefähr 300 v. H. Wenn im vorigen Jahre eine 1-Kilogramm-Dose Stangenpüree 2,80 bis 3,80 Mark kostete, so würden dafür jetzt, je nach Größe des Sparsatzes, 17 bis 22,50 Mark verlangt werden, für Brechpüree 12,50 bis 19,50 Mark, für Erbsen 10 bis 21 Mark, für Schnittbohnen 8—10 Mark. Aehnlich wird es sich auch bei Karotten, Spinat und anderen Gemüsen verhalten. Die Abnehmer werden sich bei diesen Preisen wohl zu überlegen haben, ob sie nicht gut tun, so viel wie möglich Gemüse einzukaufen oder einzufangen.

\* Die Erteilung des Religionsunterrichts. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts hat folgende Verordnung erlassen: Ein Unterricht ethischen und religiösen Geschichtlichen Inhalts kann nicht als Religionsunterricht im Sinne von Artikel 149 Absatz 1 der Reichsverfassung anerkannt werden. Lehnen Lehrer

**Die Erteilung von Religionsunterricht** ob und lehrt es infolgedessen an. In den Kirchen zur Erteilung des vornehmlichsten Religionsunterrichts, so hat der Schulvorstand wegen Einschränkung von Hilfskräften, die auf Grund obiger Regelungen zur Erteilung von Religionsunterricht befähigt sind, Einschränkung zu treffen. Kann wegen Mangel an Lehrkräften, die sich zur Übernahme von Religionsunterricht bereit finden, in einzelnen Schulen oder Schulsälen kein Religionsunterricht erzielt werden, so ist an Stelle dieses Unterrichts bis an weiterer gesetzlicher Regelung anderer Unterricht zu erzielen. In erster Linie kommt hierfür die Betrachtung von Schriftwerken geistiger Inhalts in Betracht. Das gleiche gilt für den Unterricht, der den Kindern, die nach dem Willen der Erziehungsberechtigten nicht am Religionsunterricht der Schule teilnehmen, zur Erfüllung der für die einzelnen Klassen vorgeschriebenen wöchentlichen Turnanzahl zu erzielen ist. Können diese Kinder nicht in den für den Religionsunterricht ihrer Klasse angestammten Stunden besonders unterrichtet werden, so haben sie während dieser Zeit am Unterricht einer anderen Klasse teilzunehmen, wenn dies nach den Verhältnissen der Schule möglich ist.

\* Nebenlich der an Sonntagen für den allgemeinen Verkehr abfallenden Linie. Gültig vom Sonntag, den 13. Juni ab.

#### Linie Leipzig-Niesa-Dresden:

465	Leipzig-Dresden, durch Niesa	8.48-8.49	vorm.
181	- Niesa, an	8.01-8.02	"
588	- Dresden, durch	10.27	"
157	- Dresden, durch	10.40-10.41	"
6027	Niesa, ab	2.10	nachm.
481	Leipzig-, durch	6.20-6.28	abends
141	-	9.50-9.51	"
478	-	10.45-10.52	"
0022	Priestewitz-Niesa, an	4.50 früh nur 4. fl.	"
464	Dresden-Leipzig, durch	6.30-6.44	vorm.
144	-	8.21-8.23	"
472	-	11.25-11.32	"
6026	Dresden-N.-Niesa, an	3.06	nachm.
8	- Leipzig, durch	5.14-5.15	"
480	Niesa, ab	7.10	abends
182	Dresden, durch	8.05-8.08	"
474	-	9.46-9.52	"

#### Linie Chemnitz-Niesa-Röderau:

3433	Chemnitz-Niesa, an Niesa	8.08	vorm.	
3439	- Röderau, durch	8.08-8.25	nachm.	
3485	Niesa, ab	4.82	"	
3443	Chemnitz, durch	7.50-8.03	abends	
3434	Niesa - Chemnitz, ab	6.52	vorm.	
3438	-	11.48	"	
3442	Röderau-Niesa, an	4.06	nachm.	
3486	-	5.08	"	
3448	- Chemnitz, durch	9.40-10.25	abends	
7317	Niesa-Elsterwerda B.D., ab Niesa	5.41 früh*	"	
1231	-	6.55	vorm.	
51.71	-	8.17	"	
7159	-	1.30	nachm.	
1247	-	8.20	abends	
1230	Elsterwerda B.D.-Niesa, an	6.84	vorm.	
1258	B.D.	11.19	"	
7162	B.D.	2.58	nachm.	
1248	-	11.32	abends	
1233	Nossen-Niesa,	8.48	vorm.	
1241	-	3.19	nachm.	
1243	-	7.55	abends	
1234	Niesa-Nossen	6.5	7.02	vorm.
1240	-	1.20	nachm.	
1242	-	6.40	abends.	

\* nur 4. Klasse.

#### Linie (Dresden)-Elsterwerda-Berlin:

ab Niesa 5.55 vorm., ab Elsterw. 7.57 vorm., an Berlin 11.09 vorm.			
8.17	9.08	11.19	
8.20 abds.	9.20 abds.	12.59 abds.	
Verl. 5.58 fehl.			
8.00 vorm.	10.28 vorm.	Niesa 11.19 vorm.	
8.42 abds.	10.45 abds.	11.32 abds.	

#### Linie (Dresden)-Röderau-Berlin:

ab Niesa 4.82 nachm., ab Röd. 5.07 nachm., an Berlin 9.20 abds.			
8.03 abds.	8.24 abds.	10.46 abds.	
Berlin 11.32 vorm.	4.00 nachm.	Niesa 4.06 nachm.	
7.00 abds.	9.84 abds.	9.40 abds.	

\* Der 25. Verbandstag des Verbands des sächsischen Bäckerinnungen begann am Mittwoch in Glauchau unter außerordentlich starker Beteiligung. Um 12 Uhr saß eine Sitzung des Gesamtvorstandes, um 3 Uhr der Sprechermeister und zu gleicher Zeit der Arbeitgeber in den Sälen des Gewerkschaftshauses der Kommunalverbände in Stadt Hamburg statt. Ein Kommers in den Räumen des Theatercafés beschloß den ersten Tag.

\* Gröba. Bei der Viehdürbning in unserer Gemeinde wurden am 1. Juni 1920 gezählt: 322 Kinder, 32 Schafe, 291 Schweine und 489 Ziegen. Von Interesse ist ein Vergleich mit den Zahlen vom 1. Dezember 1914. Damals waren vorhanden: 308 Kinder, 533 Schweine, 2 Schafe und 49 Ziegen. Die Gesamtzahlen der Kinder geben aber insofern kein genaues Bild, als 1914 darin 194 Mütterkühe enthalten sind, jetzt aber nur 143. Dafür ist die Zahl der unter zwei Jahre alten Jungtiers jetzt fast doppelt so hoch als 1914. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß im Laufe dieses futterreichen Jahres der frühere Viehdürbning wieder erreicht wird. Besonders ins Auge fallend ist der Rückgang in der Zahl der Schweine und die außerordentliche Zunahme der Ziegen, wobei allerdings auch zu beachten ist, daß jetzt in der Zahl viel Fleisch enthalten sind.

\* Gröba. Einfache Sitzung des Schulvorstandes findet am Freitag, den 11. Juni, nachmittags 8 Uhr im Sitzungssaal in der Centralstube statt. Beratungsgegenstände: 1. Mittelungen. 2. Kündigungsschreiben der Herren Möbius und Buel. 3. Gesuch des Herrn Dr. Klemm um Erneuerung der Bläßkosten. 4. Gesuch des Herrn Dr. Klemm um Erneuerung von Urlaub und einer Beihilfe zum Besuch eines Lehrganges für die Weiterbildung von Hörschülern. 5. Gesuch der freien Turnerschaft um Überlassung der Schulturnhalle für Damentreurnen. 6. Gesuch der Junglehrerfchaft Niesa und Umgegend um Überlassung eines Schulzimmers zur Abhaltung von Fortbildungskursen. 7. Anregung des Gemeinderates Gröba, Aufstellung des durchgehenden Schulunterrichts an der Volksschule. 8. Beischlagszahlung über Erteilung des Fortbildungsschulunterrichts. 9. Abschlagszahlung an die Bienna von Satine u. Ritterhaus für Reparaturarbeiten an der Heizungsanlage. Dienstag nichtöffentliche Sitzung.

Oschau. Städtisches Eigentum ist neuerdings in schöner Weise verwüstet und gestohlen worden. So sind von neuverpflanzten Bäumen nicht weniger als hundert Baumstäbe gestohlen worden. Im Stadtgebiet wurden zwei hölzerne Brücken und das für die Waldgottesdienste errichtete hölzerne Kreuz entwendet. Während der Wahl sind in unglaublicher Weise die Transformatoren und Leitungsmasten des Elektrizitätswerkes verarbeitet worden, daß ihre Reinigung mindestens sehr kostspielig, zum Teil sogar unmöglich ist.

Moritzburg. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in eine Gruppe junger Bäume eines Dresdner Wandecks, die unvorläufigerweise unter zwei Kreiseln schlugen und deren Wurzeln gefüllt hatten, wobei jedoch Personen betroffen wurden. Raundem ihnen die erste Bahn aufgestellt geworden war, hatten sich gegen Abend vier davon

so weit erholt, daß sie in ihre Bebauung gebracht werden konnten, während zwei dem Friedrichstädter Krankenhaus ausgeführt wurden.

\* Dresden. Der Dresdener Rechtsanwalt Dr. Wilhelm, seinerzeit Delegierter bei der Friedenskonferenz in Versailles, ist von der deutschen Regierung zum Richter für den deutsch-sowjetischen Schiedsgerichtsgericht geschlagen worden.

\* Dresden. Die Zahl der beim Zentralarbeitsausschuss in Dresden gemeldeten Arbeitssuchenden ist im Mai von 10 190 auf 10 954 gestiegen.

Geithain. In der letzten Stadtgemeinderatsitzung ist auf Wunsch der Arbeiterchaft beschlossen worden, die diesjährige Lehrverordnung auszuweichen und sie in eigene Regie zu übernehmen.

Burgstädt. Die städtischen Kollegen beschlossen die grundsätzliche Gleichstellung der städtischen Beamten und Angestellten mit den Staatsbeamten in Verdienstgraden.

Großpostwitz. Bei dem Haubbelner Heinrich in Bederwitz entstand ein Brand, der außerordentlich rasch um sich griff. Bald stand das noch mit Stroh gedeckte Haus über und über in Flammen. Es brannte vollständig nieder. Die Entstehungssache ist noch nicht ermittelt.

Reichenbach. Als der Maurer Bauer Mann mit anderen Kollegen per Rad von der Arbeit nach Hause fuhr, scheute durch das Kästchen der Räder die Pferde eines Postgespanns. Bauer Mann fiel unter den Wagen und das schwerbeladene Fuhrwerk ging ihm quer über den Körper. Nach zweistündigem Dual starb Bauer Mann. Er war verheiratet und hat eine Tochter.

Crossen. Ein seltener und seltsamer Alt stand in einer bissigen Familie statt. Das sechsjährige Mädchen ist mit seinem Eltern jetzt aus China (Schanghai) in die deutsche Heimat zurückgekehrt, einfliegend durch den östlichen Heiligen Lande. Sie ist die heilige Louise, da der Vater des Kindes durch fünfjähriges Kriegsgefangenschaft in Japan von seiner Familie getrennt war.

Schneidersberg. In einer auf dem Fichtelberg abgehaltenen Sitzung des Gemeinderates vom Erzgebirgsverein legte dieselbe scharfe Widersprüche gegen die Art und Weise ein, wie im Inn- und Auslande die Politik der erzgebirgischen Bevölkerung, besonders durch eine schauderhafte Postkarte geschildert und zur Veränderung derselben aufgefordert wird; denn die Sage im sächsischen Erzgebirge ist nicht schlimmer als in anderen dichtbevölkerten Teilen Sachsen.

Falkenstein i. B. Im Gräflichen Betrieb im benachbarten Polzen explodierte der Dampfkessel, wobei fast die ganze Fabrik ansteckte und zerstört wurde. Ein Arbeiter wurde so schwer verwundet, daß er bald darauf starb.

Blauen i. B. Vom hiesigen Landgericht wurde eine mehrjährige Einbrecherbande, deren Angehörige sämtlich aus Elsterwerda kamen, und die Umgebung dieser Stadt wochenlang unsicher gemacht haben, zu Justizhausstrafen von 6 bis 8 Jahren verurteilt. Zwei der minder stark Beteiligten Bandenmitglieder fanden mit Gefängnisstrafen von 7 bis 18 Monaten davon.

Leipzig. Über die Festnahme einer zehnköpfigen Bandenverbündeter meldet der Leipziger Polizeibericht: Eine besonders glückliche Hand hatte dieser Tage die Leipziger Kriminal-Polizei. Am 29. Mai befand sich ein Mann bei ihr in Haft, bei dem man einen ganzen Bogen Zigarettendrähten im Wert von 1000 Mark fand. Obgleich die technische Ausführung kaum Zweifel über die Echtheit entschieden ließ, wurde der Bogen sorgfältig doch noch einer Sachverständigen vorgelegt, die ihn "für echt erklärt". Trotzdem waren dem die Sach bearbeitenden Beamten noch nicht alle Bedenken geschwunden und er ging der Sache weiter nach. Er ermittelte, daß der Bogen von einem Kaufmann aus Görlitz kam. Bei ihm fand man in einem Versteck weitere 110 Bogen im Wert von 11000 Mark. Er hatte sie von einem Kaufmann in der Fichtelstraße zum Vertrieb erhalten und dieser wieder von einem Trödler in der Bannewitzschen Straße, der durch einen Handlungsgesellschafter in ihren Besitz gelangt war. Der Handlungsgesellschafter hatte den Bogen mit 200 Mark von seinem Arbeitgeber, dem vereidigten Büchereivorstand und Friedensrichter Sobe in Aue, gekauft, auch schon 30 Bogen für 1000 Mark an einen hiesigen Zigarettendrähten weiter verkauft, dem sie aber nun wieder abgenommen werden konnten. Durch die geschickten und rätselhaft ausgeführten Feststellungen kann man den Quellen der — wie nur außer Zweifel stehend — gefälschten Bandenverbündeten immer näher. Sobe hatte die Bogen von seinem in Baußen wohnenden Schwager, dem Steindrucker Bär, erhalten, der sie zusammen mit dem Steindrucker Höller und einem Handlungsgesellschafter Liebscher, beide ebenfalls in Baußen wohnhaft, hergestellt hatte, wie er nach längerem Leugnen schließlich zugab. Wohlweislich hatten die Fälscher die Druckarbeiten aber nicht in Baußen ausgeführt, sondern sich dazu bei einem Fleischer in Obernewalde ein Zimmer gemietet, für das sie nobel bezahlten. Die aus den modernen Maschinen und Preßtechniken bestehende Druckereiinstellung wurde dort aber nicht mehr vorgenommen, sondern in Beiersdorf bei Löbau in einer Scheune unter Stroh vergraben, wohin sie der Fleischermeister, der von der Bekämpfung des Bär Kennnis erlangt hatte, schleunig gebracht hatte. Dem jahrelangen Fleißblatt hat man jetzt nachgewiesen, daß es zum mindesten 1500 Bogen Bogen für 7 Pfennig-Zigaretten im Wert von 10000 Mark, 900 Bogen für 10 Pfennig-Zigaretten, 95000 Mark Wert, und 300 Bogen für 40 Pfennig-Zigaretten im Wert von 24000 Mark gefälscht hat. In Wirklichkeit ist die Anzahl der Bogen aber zweifellos bedeutend größer. Bei Bär stand der Leipziger Kriminalbeamte im Ostenhof ausgehängt einen Geldbetrag von 17000 Mark. Es sind im ganzen 10 Personen in Haft genommen worden. Fünf davon in Dresden, zwei in Baußen und drei in Leipzig. Drei weitere in die Sache verwickelte Leipziger werden wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Auflösung ist dem Leipziger Kriminalbeamten gelungen unter tatkräftiger Mitwirkung der Kriminalpolizei in Aue, und namentlich der Bannewitzer Kriminalpolizei. Der dem sächsischen Staate durch diese gemeinschaftliche Bande verursachte Schaden geht aller Wahrscheinlichkeit nach in die Millionen.

Leipzig. Um dem Mangel an Brennstoff zum Kochen so viel wie möglich abzuhelfen, batte die Spirituszentrale in Leipzig im vergangenen Sommer größere Mengen von Spiritusplättchen bereitgestellt, sollte dieser Spiritus im Handel gebraucht werden. Sofort stützte sich das Schlechthin auf diese günstige Gelegenheit und faßte große Posten zusammen, die dann mit ungeheuren Gewinnen wieder verdreht wurden, nachdem sie durch eine ganze Reihe gegangen und immer teurer geworden waren. Beim derartigen Getriebel, die 7000 Liter Spiritus zum Preis von 5 bis 7 Mark allmählich auf 67,50 Mark pro Liter gebracht, dann aber schließlich das Preis festgelegt, daß der Spiritus beläuft wurde, sind nunmehr vom Bürgergericht Leipzig zu mehrmonatiger Gefängnis- und zu größeren Geldstrafen verurteilt worden.

Leipzig. Ein im Lennéviertel wohnender Sergeant der Reichswehr, dem bekannt war, daß seine Ehefrau einen unsoliden Lebenswandel führte, sandt am 3. dieses Monats abends gegen 8 Uhr, als er unverhofft auf Urlaub hier eintrat, die Sozialist zu seiner Wohnung verpetzt. Seine Ehefrau blieb sitzen, wie er festgestellt hatte, in der Wohnung auf. Während er sich noch bemühte, seine Ehefrau zum Defekt zu bewegen, wurde ihm mitgeteilt, daß jedoch ein Mann aus einem Fenster seiner im ersten Stock gelegenen Wohnung in den Garten hinausgeschüttet sei. Sofort stützte er dem nach dem Walde zu Entstehenden nach und gab in seiner Erregung, weil jener auf seine Hu

nicht stehen blieb, aus einem Fenster des dritten Stockes auf ihn ab, die aber alle nicht trafen. Im Walde wurde der Flüchtige dann durch zwei Männer aufgehalten. Durch die Verfolgung noch aufgeregter geworden, leiste ihm der betroffene Ehemann den Revolver auf die Brust, um, wie er zugibt, ihn zu töten. Zum Glück verließ der Sergeant vor Begehung eines Todesfalls.

Leipzig. Mit einem Stammkapital von 300 000 Mark hat sich hier eine Wohnungs-Wittenbergschaft errichtet, der bereits über 100 Gesellschaften angehören. Besonders sollen in den Vororten Schleußig und Taucha Wohnungen erbaut werden; in der Nähe des Wittenbergs ist derzeit die Gesellschaft bereits weiteres Gelände gesichert.

## Zugs geschichte.

Deutsche Rundschau.

**Kraftzeugung ohne Betriebsstoff.** In einem Aufsatz "Technische Probleme" behandelt Ingenieur Emil Hartung, Stettin, in der Zeitschrift "Die Eisenbahn" (Verlag Vogel u. Vogel, Leipzig) zwei von ihm gemachte Erfindungen, durch die das Problem der Kraftzeugung ohne Betriebsstoff gelöst sein soll. Die eine Erfindung erholt die überall vorhandene Elektrizität ohne Zubehörnahme von Antriebsmaschinen und Betriebsstoffen direkt durch eine Kombination magnetischer und elektromagnetischer Wechselwirkungen. Durch die Erfindung würden sich folgende Möglichkeiten ergeben: überall, an jedem Punkt, könnte elektrische Energie gewonnen werden, bei elektrisch außerordentlicher Vereinfachung und Verbilligung der Betriebe durch Fortfall der Antriebmaschinen, Betriebsstoffe und langer Kraft-Leitungen, sowie durch Verkürzung der Arbeitszeit im Einzelbetrieb; Umgestaltung aller Transportmittel zu Wasser und zu Lande bei erheblicher Vergrößerung der Geschwindigkeit; gänzliche Umgestaltung der Luftfahrt und Entwicklung eines großkalibrigen Luftschiffwerkes und eines Lufttransportverkehrs für Güter auf die größten Entfernung bei großer Geschwindigkeit; Elektrisierung aller mechanischen Betriebe, auch solcher, welche Wärme benötigen; Elektrisierung aller Haushaltseinrichtungen; Freiwerden aller Goldreserven für das Hüttenwesen und die chemische Industrie. Bei der zweiten Lösung des Problems "Kraftzeugung ohne Betriebsstoff" handelt es sich nicht um Magnetismus, Elektrizität, Wasser oder Windkraft, sondern um eine andere allgemein bekannte Naturkraft, die man wahrscheinlich am wenigsten daran geplant gehalten hätte. Die eigenartige Maschine, die diese Kraftumwandlung hervorrufen, befindet sich zur Zeit im Versuchsstadium und wird in einigen Monaten praktisch verwendungsbereit sein. Ingenieur Hartung erwartet von seinen Erfindungen eine weitgehende Unabhängigkeit unserer Industrie und einen epochemachenden Aufstieg unseres Wirtschaftslebens.

**Eine holländische Protest gegen die Schwarze Schmach.** Gegen die Verbündeten farbiger Truppen im besetzten Gebiet hat die holländische Gesellschaft der Freunde der Freiheit eine Resolution angenommen, in der sie ihrem "aus Herzensgrund kommenden Abscheu über die Besiedlung ausdrückt, die dem Volke von Kant und Nagel durch die Niederlassung von Kastensoldaten und anderen Farbigen in deutschen Städten angetan wird."

Auch dem belebten Gebiet ausgewiesen. Nach einer Meldung der Berliner Abendblätter aus Landau i. d. Pf. ist der Finanzrat Dr. Runde auf Anordnung der Unteralliierten-Kommission aus dem belebten Gebiete ausgewiesen worden. Die Ausweisung erfolgte, weil Runde einer Beamtenversammlung präsidiert hatte, in der eine Entscheidung gegen die Würfelschule der französischen Behörden gegenüber den Beamtenchaft zur Annahme erlangte. **Zeitfreiwillige unter Anklage.** Bei den Unruhen im März d. J. wurde, wie seinerzeit gemeldet, im Bahnhof in Düsseldorf eine Anzahl Einwohner von Münsterer Zeitfreiwilligen verhaftet und mehrere von ihnen erschossen. Die angestellten Ermittlungen konnten noch nicht abgeschlossen werden, da umfangreiche Beweiseinbrüche erforderlich sind. Bissher ist in Verfolg der Ermittlungen gegen 14 Zeitfreiwillige Anklage wegen rechtswidrigen Waffengebrauchs in Verbindung mit Totschlag erhoben worden.

**Die Vorgänge in Soest.** Über die Vorgänge bei der Entwaffnung der Maschinengewehrfabrik in Soest wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Als die Mannschaften der Kompanie hörten, daß diese aufgelöst werden sollte, weigerten sie sich, dem Befehl nachzutun und marschierten ohne Offiziere geschlossen nach einem Dorfe in der Nähe von Soest. Um ihre Auflösung durchzuführen, wurden zwei Kompanien und ein Zug Artillerie mobil gemacht und die Meuterer umstellt. Daraufhin eröffnete die Kompanie das Feuer auf die Reichswehrtruppen, wobei die bereits gemeldeten Verluste eintrafen. Die Reichswehr ging dann gegen die Kompanie vor und führte ihre Entwaffnung durch. Verluste der entwaffneten Kompanie sind bisher nicht bekannt geworden. Die Mannschaften der Maschinengewehrfabrik in Soest sind interniert. Es ist keine kriegerische Unterstüzung gegen sie eingeleitet worden. **Perken.**

**Die Truppen in Afrika.** Der Neue Rotterdamer Courant meldet aus Leheran: Die Bolschewiten haben in Afrika nordwestlich von Enfield Truppen gelandet.

**Nataland.**

**Helsingborg als Welthafen.** Die finnische Hauptstadt Helsingborg, die bereits drei Häfen besitzt, beabsichtigt nach einer Meldung des Geh. Rats Dilling im "Prometheu" mit einem Kostenaufwand von 40 Millionen Mark einen neuen Freihafen anzulegen, der besonders für den bedeutenden Ausfuhrhandel der Stadt mit Holzwaren verwendet werden soll. Bei Eintritt ruhiger Verhältnisse soll dann aus diesem Hafen sich der Ausbau eines großartigen Welthafens entwickeln. Die Kosten für diesen weiteren Plan würden sich auf mehrere hundert Millionen Mark belaufen.

**Henry Kupper und Frau Charlotte führen von Ihren Eltern empor, als das Klingelzeichen ertönte. Eine frohe Überraschung durchzog sie.** "Georg!" rief es wie aus einem Wunde, und unwillkürlich hasten sie einander bei den Händen.

Das wurde auch schon die Tür aufgerissen, und mit fliegendem Atem, leise bebend vor Erregung, stürzte der Sohn ins Zimmer.

"Vater! Mutter!" Nun hielt er beide in seinen Armen. Dann sank er langsam in die Knie, sein Gesicht auf die altläufigen Hände seiner Eltern drückend. Vonge blieben die drei regungslos. Nur das Küsschen der Mutter unterbrach die Stille.

Endlich erhob Georg Kupper den Kopf und blickte in das so sehr veränderte Antlitz des Vaters: "Vater, kannst du mir verzeihen, was ich getan habe?"

Henry Kupper nickte müde. "Ich dir? Ja, Georg! Aber wieß du mir je verzeihen können, was ich dir unabsichtlich —"

Georg sprang auf: "Vater, ich habe dir nichts zu verzeihen. Vami von Holten lebt!"

Henry Kupper griff nach dem Arm des Sohnes. "Die Tochter Holten lebt? Das weißt du bestimmt? Und Holten selbst?"

"Holten und die anderen sind tot. Da gibt es keine Hoffnung mehr. Aber Vami ist gesund!"

## China.

**Gesetz die englisch-chinesische Verbindung.** Die offizielle Stellung Chinas zu der Frage der Erneuerung der anglo-chinesischen Allianz geht aus einer Bekanntmachung hervor, welche soeben vom chinesischen Außenminister veröffentlicht wird. Es wird darauf hingewiesen, daß China an der Frage tatsächlich interessiert ist. Der chinesische Gesandte in London wurde beauftragt, bekannt zu geben, daß es nicht mehr genügt geduldet werde, daß über China in einem solchen Abkommen vorgegangen werde. Wenn dies weiterhin so geschieht, so werde dies als unzweckmäßiger Akt eingeweiht. China hält darauf, daß die britische Regierung auf das Memorandum antwortet. Die chinesische Regierung beabsichtigt, eine identische Note an Japan abzugeben zu lassen. Auf diese Weise soll eine nationale Erklärungnahme zu dieser Frage erledigt werden, welche den Frieden und das Wohlergehen des chinesischen Volkes in so vitalem Interesse betrifft.

**Amerika.**

Im republikanischen Kongress, der vorgestern eröffnet wurde, verteidigte der zeitweilige Vorsitzende Senator Lodge seine Meinung, daß die Haltung der Opposition des Senats in der Frage des Friedensvertrages, was Wilson aus Europa nach Amerika mitgebracht habe, sei ein Staatenbund und kein Völkerbund. Das Volk müsse jetzt einen Urteilsspruch fällen. Weiter sei es an der Zeit, Mexiko gegenüber eine feste Haltung einzunehmen.

## Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 10. Juni 1920.

### Die Regierungskrise.

**Berlin.** Die Bekanntgabe der amtlichen Wahlberichte hat keine Erleichterung der Regierungsbildung gebracht. Man erachtet zwar aus ihnen, daß kein Rechtsabmarsch der Wähler, sondern nur eine Verschiebung innerhalb des sozialdemokratischen Lager und innerhalb des bürgerlichen Liberalismus stattgefunden hat, aber die Mehrheitsbildung erscheint noch wie vor außerordentlich schwierig. Bei 460 gewählten Abgeordneten beträgt die Mehrheit 231. Diese Riffer würde zwar augenblicklich von den drei alten Mehrheitsparteien einschließlich der bürgerlichen Volkspartei noch um zehn Mandate überschritten. Es stehen 238 Mitglieder der bisherigen Koalition gegen über 209 Mitgliedern der gespaltenen Parteien, links und rechts. Es ist somit auch im neuen Reichstag eine Mehrheit für die Koalition vorhanden, und es ist sogar die einzige Mehrheitsbildung, die man bisher sieht. Trotzdem ist die Sitzung noch immer äußerst ungeliebt. Ein Geschäftskabinetts oder ein Arbeitersministerium ist vielleicht den politischen Stürmen des neuen Reichstags auch nicht gewachsen. Deshalb wird neuerdings der Gedanke wiederiger Neuwahlen ernsthaft erörtert. Es fragt sich nur, ob die nächste Zukunft ein anderes Wahlergebnis als das vorliegende mit allen seinen Schwierigkeiten dabei bringt.

**Das Ausland zum Ergebnis der Reichstagswahl.**

**Nederland zum Ergebnis der Reichstagswahl.** In Rotterdam. Der "Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt in einem Beitrag: Das Ergebnis der Reichstagswahl ist ungünstig, da die Wahl die Grundlage, auf der eine Regierung möglich war, vernichtet hat, ohne eine neue zu schaffen. Deutschland geht nun aller Wahrscheinlichkeit nach einer Periode großer Schwierigkeiten entgegen. Für die zukünftige Entwicklung, die Deutschland in erster Linie nötig hat, muß dieser Zustand außerordentlich verhindert werden. Der "Nieuwe Courant" meint, nur eine gemäßigte Regierung habe Aussicht darauf, das Vertrauen der beiden wichtigsten Länder, England und Amerika, einigermaßen zurückzugewinnen.

**Die Auslieferung der deutschen U-Boote.**

**Amsterdam.** Im englischen Unterhause erklärte Churchill in Erwidern auf eine Anfrage, die Auslieferung der deutschen U-Boote oder ein Arbeitersministerium ist vielleicht den politischen Stürmen des neuen Reichstags auch nicht gewachsen. Deshalb wird neuerdings der Gedanke wiederiger Neuwahlen ernsthaft erörtert. Es fragt sich nur, ob die nächste Zukunft ein anderes Wahlergebnis als das vorliegende mit allen seinen Schwierigkeiten dabei bringt.

**Der Vertragsentwurf über Norddeutschland.**

**Hamburg.** Hier verlautet, daß die Reichsregierung bei der Kürze der gegebenen Frist sich außerstande gesehen hat, zu dem Vertragsentwurf über Norddeutschland bis zum 10. d. M. endgültig Stellung zu nehmen. Sie habe beim Großen Rat in Paris um Verstärkung verlangt. **Der Rückstand der dänischen Seeflotte.**

**Nordenham.** Obwohl die Seeleute beschlossen hatten, den Ausstand zu beenden, haben die Verhandlungen mit den Reedern noch zu keiner Einigung geführt. Man ist sich nicht einig darüber, ob die während des Streiks eingesetzten Hilfskräfte der Technischen Nothilfe entlassen werden sollen oder nicht.

**Der neue Münchener Geiselmordprozeß.**

**München.** Im dritten Geiselmordprozeß beantragte der Staatsanwalt gegen die beiden Angeklagten Waller und Ritter die Todesstrafe. Das Urteil wird am Sonnabend gefällt werden.

**Speisung unterernährter Kinder.**

**Hannover.** Die holländische Ambulanz hat beschlossen, 1000 unterernährte Kinder aus den Volksschulen von Hannover zunächst vier Wochen lang mittags zu speisen. Die Rohmaterialien werden aus Holland geliefert.

**Sport.**

**Turnen, Spiel und Sport.** Rächtens Sonntag finden in Riefa die Auscheidungswettkämpfe in Faust- und Schlagball, sowie Balltaufl zur Feststellung der besten Mannschaften im Riedelbecker Turngau statt. Gewertet wird hierzu aus Riefa, Gräben, Olschen, Müggen, Lommel, Grebbig und Stechra zusammen 19 Faustball- und mehrere Schlagball-Mannschaften. Sämtliche Spiele werden auf dem Schwaben Platz ausgetragen. Die Vorstände beginnen vorm. 8 Uhr, nachdem 1/2 Uhr wird die Entscheidung zwischen den besten Mannschaften ausgetragen. Die beste Faustballmannschaft des Vorjahrs war die 1. Mannschaft des Tu. Lommel.

**Ein neuer Zwischenfall in Oberösterreich.**

**Oppeln.** In der Nacht zum Mittwoch verliefen vier Franzosen, eine Hochzeit auf der Orla-Insel zu feiern, wurden aber daran gehindert. Auf der Rückfahrt über die Oder entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Fährmann und seinen beiden Söhnen ein Handgemenge, das angeblich durch Gewehrfeuer von den am Ufer stehenden

den Händen am Tische einen Halt und starke Vami ins Gesicht. Einen Augenblick war es ihm, als steige ein neues Leben vor ihm auf. Dann verschwand die Vision wieder. Rübner begrüßt jetzt: das junge Mädchen wollte das Ansehen des Märs von der Mittelwald befreien.

"Fräulein von Holten," sagt er matt, "ich versiehe Sie — aber — es ist ein Zeuge da."

"Sie sprechen von Schmidling?"

Rübner nickt. "Schmidling Aussagen über die Strandung des Schiffes sind völlig erlogen gewesen!"

"Fräulein von Holten!" Rübner schreit es, bebend am ganzen Leibe. "Ist das die reine Wahrheit? Um Gottes willen, haben Sie Erbarmen! Erwenden Sie keine Hoffnungen in mir, die —"

"Ich schwör es Ihnen, Herr Rübner. Die 'Flores' ist im Bollon vor Topp und Tafel kreisend gegen die Riffe geworfen worden. Ich komme soeben vom Schiffszimmermann Schmidling. Er hat mir gestanden, durch wen er zu den falschen Angaben verleitet worden ist.

In der Nacht, als er in Hamburg einztrat, ist er von Beauftragten Düsseldorfs abgesetzt und in dessen Wohnung gebracht worden. Nach hundertlangen Verhandlungen ist es dann Wibel gelungen, den Alten mit funktionslosem Wurf an den gewöhnlichen Ausgangen zu bestellen. Das, was der Zimmermann Schmidling dann auf dem Konto über das Unglück ausgelöst hat, das, was Sie also für eine bestochene Auslage halten, ist die volle Wahrheit. Sie haben also die Versicherungssumme mit vollem Recht erhalten, und vor der Schreber ist

# Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Bilanz der Augenöffnung i. d. Periode der 6. St.-G.-J. zu Riesa  
einget. Genossensh. m. b. o.

31. Dezember 1919.

Heute zum letztenmal: „Das Gebot der Liebe“.

Freitag, den 11. bis Montag, den 14. Juni: Das große Wegner-Filmwerk

2. Teil:

## Collins letzte Verkörperung

Dazu das originelle Lustspiel: „Leo, der Entführer“.

Um gütigen Auftritt bittet die Kellnerin Anna Sch.

Mittra.

Ballina.

Unbebauter Grundstücke	Mr. 987.44	Geschäftsgegenstände	Mr. 67006.26
Miethäuser	507079.97	Mitglieder	11556.42
Neubauten	18527.86	Müllagen	469885.57
Einrichtungsgegenstände	299.65	Hypothekenschulden	30200.-
Mietforderungen	7519.50	Rückdare Schulden	9085.-
Beteiligung an anderen Unternehmen	750.-	Sonstige Schulden	2584.94
Unterlegungen	250.-	Gewinn	
Wertpapiere	11502.-		
Bank- und Sparkassenguthaben	48257.97		
Kassenbestand	44.-		
	Mr. 590168.19		Mr. 590108.19

Mitgliederbewegung:

Mitgliederstand 1919:

Rugang:

Ausgang:

Übernommen in das neue Geschäftsjahr 1920:

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder haben sich im Laufe des Geschäftsjahrs um

Mr. 28851.12 vermehrt.

Riesa, am 5. Juni 1920.

Sahl der Mitglieder: Beteiligte Anteile: Gesamthumme:

144 145 43500 Mr.

45 94 26200

3 3 900

Mr. 590108.19

Mr. 590168.19

Der Vorstand.

Ernst Duth. Max Manewald.

Gasthof Gröba

Sonntag keine Ballmusik.

Spülapparate

Spülkannen-Schläuche, Unter-

logen, Vorfallbinden, Leib-

binden, Monatsquerz u. alle

sonst Gummwaren.

Unterlage erbeten. Dammen-

bedien, durch meine Frau.

W. Hensinger, Dresden, Am

Eck 37, nahe Hauptbahnhof.

**Erfinder**  
erhalten anreg.  
Broschüre umsonst.  
Walter & Co., Weimar.

Teppich, 160x250, außer-  
gewöhnliche Qualität, 800 Mr.  
Spiegel, wie neu, 80 Mr.  
Portieren f. zw. T. rot, 7.  
Venster, wie neu, 500 Mr.  
10 P. Mantel, weiß, außer-  
gewöhnlich, 60 Mr. Zweifeträger m. Al.  
Gefüchte, in dem sich Speisen  
sind, warm erh., 50 Mr.  
Aufwachstisch, grau, m. drei  
Becken, Klavierstuhl, wie neu,  
mit Lehne, verl. bill. Richter,  
Gröba, Kirchstr. 32 (Gol.).

Weiche Decke, 255x157,  
preiswert zu verkaufen.  
Zu erste. im Tagebl. Riesa.  
Wegen Wegzug ganz außer-  
gewöhnlich bill. zu verkaufen  
Sarminie Gastrone m. Mittel-  
teil mit Ziehen, auch f. leicht,  
wie Sofabett mit Lehne,  
150 m. lg. Belichtung sofort  
ab Freitag v. 11-2 Uhr nahm.  
Zu erste. im Tageblatt Riesa.

**Ein Herren-Rad**  
mit Gummi zu verkaufen  
Goethestraße 31, v. L.  
Gitterbalten. Niederschrank  
zu verkaufen  
Gröba, Strehlaer Str. 47.

Wenig geb. Wringmaschine  
(Friedensware) zu verkaufen.  
Zu erste. im Tagebl. Riesa.

**Eine Schreibmaschine**  
zu verkaufen. Albin Rier,  
Riesa, Goethestr. 1.  
Guter Anzugsanzug prsw.  
zu verl. Goethestraße 12, 21.

**Preissturz in Gummi.**  
Von heute ab vro. Fahrzeu-  
mantel 115 Mark, solange  
Vorrat reicht. Hanfstr. 73, 1.

**Wir verkaufen**  
auf unserem Lagerplatz  
Gröba, neuer Hasen:

**Nutzeisen**  
u. w. Wintereisen, Rundseisen,  
Röste f. alle Zwecke, sowie  
Wagenseisen, Räder, Achsen  
u. Federn zu billigen Preisen.  
Verkaufszeit 8-1/4 Uhr.

**Goldammer & Co.**  
Riesa. Tel. 558.

**Sägespäne**, einige  
wegen Räumung des Lager-  
schuppens sofort abzugeben  
Bismarckstr. 37.

**Gasthof Gröba**  
Sonntag keine Ballmusik.

# Der Galeerensträfling

Dazu das originelle Lustspiel: „Leo, der Entführer“.

Um gütigen Auftritt bittet die Kellnerin Anna Sch.

**Gasthof Gröba**

Sonntag keine Ballmusik.

**Bin Käufer**

für sämtliche

**Futtermittel**

Ober, Mee. u. Wiesenheu,

Stroh. Erbitte laufend An-

gebote. Ernst Boehmann,

Aue i. Ersa. Fernstr. 111.

**Kunkelrüben-Pflanzen**

große Stämme, Schot 50 Pf.

hat abzugeben

F. Fritzsche,

Weihner Str. 34.

**Hirse**

für Küken

eingeschlossen bei

**Grust Moritz**

Samenhandlung

Haupstr. 2. Fernstr. 117.

**Zigaretten**

für Gastwirte u. Rent.

Bellmar grosse Türkne 400 M.

Adropulus „Egypter 440“

Cavalla „440“

Royal Stanol Engl. 430“

Deutsche Goldmundst. 330“

Ferner Bull Dog Zigarette.

Langes Rollen m. Goldmund-

und die Händler u. Großhändler

liefern preisv. M. Glaser,

Leibis, Zigarettenfabrik,

Katharinenstr. 17.

**Gung!** Suck noch Ver-

bündigung mit Obh-

päckter od. Erzeuger für

familiales Obst, sowie

Gemüse, die seit in Frage

kommendes Obst, Birnen u.

Obstherren. Erbitte Angebote

mit Preis an Obst, Gemüse,

Gier- und Geflügelhändler

Walter Großer, Chemnitz,

Hermannstr. 18.

Freitag früh empfohlene

**frische Seeblätter.**

Carl Jäger, Gröba.

**Achtung!**

Morgen Freitag früh

leichte Sendung

**ff. Schellfisch**

**ff. Seelachs.**

Clemens Bürger.

**Städtischer**

**Airschenverkauf**

im Gemüsegarten an der

Jahna Freitag, d. 11. Juni,

vorm. 8-11 Uhr an Kron-

prinz Nr. 151-350, nachm.

2-5 Uhr an 351 bis Schluß,

Sonnabend, den 12. Juni,

vorm. 8-11 Uhr an Münzen-

str. Nr. 1-200, nachm.

2-5 Uhr Nr. 201 bis Schluß.

**Airschen**

verkauf täglich nachmittags

Airschenbäuer Str.

Empfehlung täglich

**frische Erdbeeren**

und Kirschen.

Marktstr. Kartoffelverkauf

Freitag nachmittag.

Dr. Striegler, Nei-Wedda.

Freitag,

abends 8 Uhr

**Monats-**

versammlung,

Elbterräte.

**Gasthof Gröba**

Sonntag keine Ballmusik.

Die heutige Nr. umfasst

9 Seiten.

## Metropol-Lichtspiele

Vorbiher Str. 2, Gastrau Stadt Greiberg.

Donnerstag, den 10. bis Montag, den 14. 6.

„Gefürzte Ideale“ ein Gelehrten-

Stück.

Hochspannendes Drama in vier Akten.

„Wehe, wenn sie losgelassen“

reizendes Lustspiel in drei Akten.

Sonntag ab 2 Uhr:

Kinder- u. Familienvorstellung.

## ARENA CAESAR BELLi, Schützenplatz.

Heute Donnerstag Vorstellung mit verschiedenen

# Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Baumer & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Umschau: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nr. 182.

Donnerstag, 10. Juni 1920, abends.

73. Jahrg.

## Frankreichs koloniale Wirtschaftspolitik.

Frankreich hat durch den Friedensvertrag sein Kolonialreich nicht wesentlich vergrößert, obgleich der französische Anteil bei der Verteilung der deutschen Kolonien wie der östlichen Gebiete England aufgefallen ist. Frankreich hat im Gegenzug zu England vor dem Kriege eine reine schubgängige Politik in seinen Kolonien getrieben, wobei es jeden fremden europäischen Handel mit allen Mitteln fernzuhalten suchte. Würde Frankreich diese Politik z. B. in dem ihm aufgefallenen Kamerun fortsetzen, so würde es dem deutschen Handel weder möglich sein, weiter irgendwelche Waren in erheblichem Umfang nach Kamerun zu exportieren, noch Kohle von dort zur Deckung des deutschen Bedarfs zu liefern. Die französischen Kolonialverwaltungen zählen es auch heute noch zu ihren wichtigsten Aufgaben, dafür zu sorgen, dass die Kolonie der Kolonien in erster Linie dem französischen Mutterlande zugute kommen, und das der französische Kolonialmarkt in jedem Falle für Deutschland verschlossen bleibt. Im „Tempo“ wurde nun klarlich darauf hingewiesen, dass dieses Schuhstück in Zukunft große Schäden für Frankreich in sich bergen. Frankreich sei darauf angewiesen, seine kolonialen Rohmaterialien gegen Erzeugnisse anderer Länder auszutauschen, um dadurch seinen Wechselskurs zu richten. Ein Aufgeben des kolonialen Schuhstücks sei auch für die Wiederanfützung der Handelsbeziehungen mit Deutschland von Wichtigkeit. In Wirklichkeit sind zweifellos politische Gesichtspunkte für diese Stellungnahme des „Tempo“ maßgebend. Verpiet Frankreich weiter seine eigenen die ihm angefallenen deutschen Kolonien und türkischen Gebiete dem deutschen Nachschubzug, so ist es klar, dass nicht nur die deutschen, sondern auch die neutralen Spanier sich mit aller Entschiedenheit der englischen Art der Verwaltung der Kolonien zuwenden werden. Der „Tempo“ fürchtet, dass Deutschland unter dieser Umstand daraus hinnehmen werde, dass möglichst große Teile seines ehemaligen Kolonialreichs nicht unter französischen, sondern unter englischen Einfluss geraten, wenn sie schon einmal Deutschland verloren geben. In der Tat kann, wenn Deutschland nur die Hälfte zwischen englischer und französischer Verwaltung seiner Kolonien hat, die Entscheidung gar nicht zweifelhaft sein. Die französischen Kolonien sind nicht etwas anderes gewesen, als sorgfältig gehütete, jedem fremden Handel mit allen Mitteln entzogene Ausbeutungssphäre des Mutterlandes. Mit den englischen Kolonien dagegen hat Deutschland seit jeher einen umfangreichen und nutzbringenden Handel unterhalten, bei dem beide Seiten ihre Meinung gefunden haben. Wenn Frankreich jetzt einseht, dass es bei seiner Kurzsichtigen schauulichen Kolonialpolitik selbst den kürzeren zieht, so ist das zwar erfreulich. Es wird über Deutschland niemals verlassen können, seine gerechten Ansprüche auf die Rückgabe der australischen Kolonien für alle Seiten aufzugeben. Selbst der „Tempo“ erkennt an, dass für Deutschland der Nachschub aus diesen Kolonien eine Lebensfrage ist, und dass die bisherigen deutschen Kolonien wertvolle Aufzugsausichten boten. Das Organ des französischen Großkapitals ist jedoch gewiss, wenn es glaubt, dass die Leistung der französischen Kolonien für den deutschen Handel Deutschland Erfolg für den ihm angesprochenen Verlust auf eigene Kosten bieten könnte.

## Neue deutsche Noten.

Das „Echo de Paris“ meldet, dass Deutschland vor fünf Tagen eine neue Note an die Alliierten gerichtet habe, worin erklärt wird, dass unumstößlich bis zum 10. Juli die Stärke der Reichsmehr auf 100 000 Mann herabgesetzt werden könne. Das „Echo de Paris“ hofft, dass die Alliierten sich in dieser Frage unangiebig zeigen und auf den Beschlüssen von San Remo beharren werden.

Die Rückgabe deutscher Schiffe abermals abgelehnt.

Die „Times“ meldet, dass die alliierten Kabinette die von Deutschland beantragte teilweise Rückgabe der deutschen Handelsflotte ablehnen haben. Die Ablehnung erfolgte auf Vorschlag des alliierten Wirtschaftsrates. Nur über die Fortsetzung nach der Absicherung von noch im Hau befindlichen deutschen Handels Schiffen soll in Spa mit den Deutschen verhandelt werden. — Die „Daily Mail“ meldet aus Paris, dass Frankreich außerdem auf die Belieferung von weiteren 30 000 Tonnen deutschen Schiffstraumes auf Grund der Beplannungen des Versailler Vertrages bestehen bleibe.

## Der Schleswigvertrag.

Man nimmt in politischen Kreisen Kopenhagens an, dass der dänische Gesandte in Paris den vom Obersten Rat der Alliierten Deutschland und Dänemark zugesetzten Vertrag am 9. Juni unterschrieben hat. Der Wortlaut des Vertragsentwurfes wurde dem Schleswigiausschuss des dänischen Reichstages vorgelegt. Durch die Unterzeichnung des Vertrages wird die Vereinigung Nordschleswigs mit Dänem., eine vollendete Tatsache. Wie weiter aus Kopenhagen gemeldet wird, soll am 18. Juni, wie man erwartet, ein Kurier mit dem Vertragsdokument aus Paris in Kopenhagen eintreffen. Vorläufiglich wird der Vertrag dann am 14. Juni dem Reichstag vorgelegt werden. Am 15. Juni wird ihn der König in einer Staatsrathskundgebung unterzeichnen. Am selben Tage verlassen die englischen Truppen Schleswig. Sie werden vom 18. bis 18. Juni in Kopenhagen bleiben, wo man ihnen zu Ehren Feierlichkeiten veranstalten wird, gerade so wie bei dem Kurzenthalt der französischen Alpenjäger. Der König von Dänemark wird dann nach Nordschleswig reisen. Er reist über die Königsau und wird Hadersleben, Sonderburg und Sonderburg besuchen. Der Reichstag begibt sich direkt nach Sonderburg, um dann an der Nationalfeier an der Doppelstaatsfeier teilzunehmen, an der sie auch die Königliche Familie, die Ministerien und die obersten Beamten Dänemarks beteiligen werden.

## Der Streik in der ersten Zone.

Der Generalstreik in der 1. schleswigschen Zone wird unverändert fortgesetzt. Die Sitzungen erscheinen nicht. Die Technische Polizei funktioniert befriedigend. In Sonderburg erscheinen die Sitzungen bis jetzt noch. Die Seher in den anderen Städten haben jedoch ihre Sonderburger Kollegen erachtet, ebenfalls die Arbeit einzustellen. Um überlegen ist in Sonderburg die Streiklage unverändert.

## Ein Wirtschaftsstreik.

In den Landkreisen Höxter und Wiesbaden ist die Bauernchaft in einen Wirtschaftsstreik eingetreten. Die Arbeiterchaft ist entschlossen, die Wirtschaftsstellung zu erzwingen. In einzelnen Orten ist es bereits zu Konflikten gekommen.

## Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung.

tu. Berlin, 10. Juni.

Von einer dem Reichspräsidenten nahestehenden Seite wird erklärt: Solange noch eine Reihe zum Teil führender Parlamentarier fern von Berlin in ihren Wahlbezirken wohnen, solange noch aus diesem Grunde von einer freien Stellungnahme jeder einzelnen der neuen Fraktionen nicht geredet werden kann, ist eine maßgebliche Beurteilung der Lage nicht möglich. Über sonst scheint sich leider schon übersehen zu lassen, dass es dem Reichspräsidenten nicht gelingen wird, die widerstreitenden Elemente zu einigen und das, wenn nicht eine unerwartete Wendung zum Guten eintrete, seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückzulegen wird. Dann aber gibt es, falls nicht einem anderen Minister das schwierige Werk gelingt, nur eine Hoffnung auf eine Lösung der Krise, den Reichspräsidenten selber. Der Reichspräsident wird die Führer der Parteien zu einer Besprechung einladen und sie daran gemahnen, dass einmal das Wohl des Landes über dem an sich wohl begründeten Parteiinteresse steht und dass vor allem auch der Parlamentarismus den Parteien die Pflicht auferlegt, positive Arbeit zu leisten, nicht mühselig beiseite zu stehen.

Im Laufe des gestrigen Tages hatte Reichspräsident

Ebert längere Besprechungen mit dem Reichskanzler Hermann Müller und später mit dem Bielefelder Koch.

Am Ende dürfte Hermann Müller mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt werden und sich an die Unabhängigen Sozialdemokraten wenden, um sie zum Beitreten in die bisherige Koalition aufzufordern. Nach den Preisforderungen der radikal linken zu urteilen, wird er dabei auf eine ablehnende Haltung stoßen. Ammerhin wird eine solche Anfrage vor Ablauf der Woche keine Erledigung finden. Der Vorsitzende der Zentrumspartei Abg. Trimborn trifft heute in Berlin ein, um mit seinen Parteifreunden zu beraten. Eine unverbindliche Besprechung der demokratischen Minister und der zurzeit in Berlin weilenden preußischen Handelsminister Hirschbeck statt.

### Ein Fachministerium.

Von einer parlamentarischen Persönlichkeit, die der Reichspräsident mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt will, wurde die Belebung des Kabinetts durch unparlamentarische Fachminister ernsthaft erwogen. Ein solches Kabinett sei denkbar, wenn es Vertreter der Gewerkschaften, der Industrie und Landwirtschaft gelingen sollte, sich auf einen tragfähigen Basis zu einigen. Zur Kontrolle könnten Parteimänner eingefügt werden, die als politische Verbindungsoffiziere des Parlamentarismus gelten könnten.

### Die politische Situation.

Aus München wird gemeldet: Geschäftsträger Mayer äußerte sich über die politische Situation wie folgt: Ich habe schon anlässlich meiner Münchener Rede vom 5. Juni aus inneren und äußeren politischen Gründen eine möglichst breite Regierungskoalition gewünscht und bedauerte, dass bereits in Wahlkampf davon gesprochen wurde, dass eine Partei mit einer anderen in keine Regierungskoalition gehe. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass die Notwendigkeit einer Regierungsbildung auf breiter Grundlage bei den demnächst stattfindenden Verhandlungen der Parteiführer als zwingend anerkannt und dieser unerlässlichen Notwendigkeit Parteirückständen und Parteimeinungen untergeordnet werden. Eine Mehrheit, an der sowohl die Mehrheitssozialdemokraten als auch die Deutsche Volkspartei und das Zentrum neben den Demokraten vertreten wären, erscheint mir als wünschenswert.

### Erneute Wahlen.

Der Belegschaftsvertreter der sozialdemokratischen Partei Badens erläutert einen Aufruf, wonin er sagt, dass die sozial-

## Die Spätkonferenz in Frage gestellt?

Der „Neue Rotterdamsche Courant“ meldet aus Paris: Einige Blätter behaupten aufdringlich der Meldungen aus Brüssel, dass die Konferenz in Spa zum dritten Mal verschoben werden wird und besonders weil die Alliierten sich noch lange nicht eingestellt haben. Andere Blätter bezweifeln, dass die Konferenz überhaupt stattfinden wird.

### Die Drohung mit der Besiegung weiteren Gebiets.

Im Unterhause fragte ein Mitglied, ob auf der Konferenz von Spa beschlossen worden sei, dass wenn Deutschland es unterliege, die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erfüllen, die Beziehung durch die Alliierten auf weiteres deutsches Gebiet ausgedehnt werde. Lord George erwähnte, diese Frage sei in Spa nicht erörtert worden. Die Politik der Alliierten, wie sie in der Erklärung von San Remo festgelegt worden sei, habe sich nicht geändert.

## Rücksicht des italienischen Kabinetts.

Bei der Eröffnung der italienischen Kammer teilte Ministerpräsident Nitti die Neubildung des Kabinetts und die Durchsetzung des Dekrets über die Erhöhung des Trotzpreises mit. Sobald überreichte er angehört der gegenwärtigen parlamentarischen Loge das Rücktrittsdekret des Kabinetts. Die Abstimmung wurde von den Sozialisten mit Beifall aufgenommen. — Orlando ist als Kammerpräsident zurückgetreten.

### Die Trotzpreiserhöhung in Italien.

Reuter berichtet aus Rom: Der Verwaltungsrat der parlamentarischen sozialistischen Partei beschloss, in der Kammer eine Entschließung einzubringen, in der gefragt wird, dass der Beschluss der Regierung, den Trotzpreis zu erhöhen, eine Belehrung der Rechte des Parlaments sei. Bei einem Anwalt in Rom, infolge Erhöhung des Trotzpreises, wurden zwei Demonstranten verwundet. Die Sozialisten veranlassten in ganz Italien Kundgebungen. Wie aus obiger Meldung hervorgeht, hat das Kabinett das Dekret über die Trotzpreiserhöhung zurückgezogen.

### Kämpfe zwischen Albanern und Italienern.

Sagt „Epocha“ haben die Albaner mit großen Kräften die Italiener bei Balona angegriffen und diese bis auf 4 Kilometer vor das befestigte Lager zurückgeworfen und dabei eine Anzahl italienischer Offiziere und Soldaten zu Gefangenen gemacht, sowie Waffen erobert. Ein mit Truppen nach Balona bestimmter Dampfer wurde auf Befehl des Verbands der italienischen Seeleute in Taranto zurückgehalten.

demokratische Partei keinen Anlass habe versagt zu sein. Es sei damit zu rechnen, dass in Bälde, jedenfalls lange vor dem dafür verfassungsmäßig vorgelegten Termin, das deutsche Volk erneut zur Wahlurne gerufen werde.

Zu den Neuheiten des Reichspolitikers Gleibert, ihm erscheine die Koalition von Scheidemann bis Stresemann als durchaus möglich, aber wenig wahrscheinlich, es bleibe nur übrig, den gegenwärtigen Koalitionsparteien so lange die Führung der Geschäfte zu überlassen, bis im Herbst das Volk erneut Gelegenheit erbatte, über seine politischen Weisheiten zu entscheiden, meint der „Vorwärts“: Ob sich die alte Koalition bis zum Herbst halten könnte, wollen wir nicht untersuchen. Es dürfte klar sein, dass die Sozialdemokratie keine Regierung hat, weiter den Prinzipien zu dienen zu wollen für Dinge, wie sie sich in den letzten überhalb Jahren abgespielt haben, ohne dass die Sozialdemokraten sie verhindern konnten. Aber das die Reichstag ohne Mehrheit keine lange Lebensdauer haben kann, wird jedermann einsehen.

### Das Andenken zu den Wahlen.

Die Londoner „Morning-Gazette“ berichtet in einem Leitartikel über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen den doppelten Rad noch links und noch rechts und sagt, die Alliierten müssten jetzt überlegen, ob sie nicht selbst eine sehr erneute Verantwortung für die gesetzliche Bewirrung tragen, die sich mit großer Wahrscheinlichkeit aus dem Wahlausfall für die deutsche Politik ergibt. Diese Bewirrung ist eine Gefahr für die ganze Welt. Wir haben die Pflicht, sie zu verhindern, falls es möglich ist. Mit einer ernsten folgerichtigen und konzilianten Politik könnte noch etwas getan werden, um einer gewährten deutschen Regierung die Lebensmöglichkeit zu geben.

Obwohl man sich in Paris noch kein genaues Bild über die deutschen Reichstagswahlen machen kann, befürchten alle Zeitungen das bedeutungsvolle Ereignis und erkennen ausnahmslos, dass die extremen linken und rechten Parteien auf Kosten der bisherigen Mehrheit den Erfolg davontragen haben. Die allgemeine Ansicht geht dahin, dass die kommende Reichsregierung in dem neuen Reichstag eine kräftige Säule im Widerstand gegen den Saarfall finden werde, und dass man mit diesem Widerstand rechnen müsse. Angesichts dieser neuen politischen Lage in Deutschland sei Einsicht unter den Alliierten mehr denn je notwendig. Man hofft jedoch, dass auch in der neuen Nationalversammlung die Sozialdemokraten den Mittelpunkt der Mehrheit bilden werden.

Die „Neue Hörer Zeitung“ sieht in dem Ausgang der deutschen Reichstagswahlen eine gewisse Unbekantheit gegen die bisherige Koalitionsabstimmung. Es sei leicht, die Verbindlichkeit der bisherigen deutschen Regierung zu übersehen, weil sie mehr auf dem Gebiete der Abreise als des Neuaufbaues lägen. Niemand aber werde leugnen, dass die Koalitionsregierung ihre Aufgaben im großen und ganzen mit Erfolg geführt habe. Vom außenpolitischen Standpunkt sei aber das Ergebnis der Wahlen seineswegs als schlimmes Omen zu bezeichnen. Das Blatt schreibt: „Die eigentlichen Vertreter der alten Deutschen Gewaltpolitik haben nur wehrende Verteidigung zu verzeichnen. Das deutsche Bürgertum hat allerdings verlangt, indem es der demokratischen Partei die Gefolgschaft verliehen. Aber es haben sich solche Massen für die beiden sozialistischen Parteien erklärt, dass eine auswärtige Politik im Sinne der äußersten Rechten schlechtweg ausgeschlossen ist.“

### Die Regierungsbildung in Braunschweig.

Die neuerlichen Verhandlungen der Landesversammlung über die Bildung der neuen Regierung haben noch zu keinerlei Ergebnis geführt. Die Sitzung wurde zu weiteren Verhandlungen auf heute vertagt.

könnte aber, nachdem die Schiffmannschaft durch Marineleute erlegt worden war, abreißen.

Aus Triest wird gemeldet: Die albanische ausländische Bewegung nimmt sehr ernste Formen an. Nach den nordischen Albanern haben sich nunmehr auch die südlich, albanischen Stämme der Bewegung angeschlossen. Der Aufstand wird von führenden Persönlichkeiten unterstützt.

### Die syndikalistischen französischen Beamten.

Die französische Regierung hatte die Auflösung des Beamtenbundes und die Trennung der Beamtenvereinigungen von der Konföderation Generale du Travail verlangt. Der Ausschuss des Nationalbundes der Beamtenvereinigung hat einen Beschluss gefasst, in welchem er bestimmt, dass die Beamtenorganisation ihren gegenwärtigen syndikalistischen Charakter behält und eine Ausnahmehandlung seitens der Regierung ablehne. Gestern morgen hat die Polizei in der Schriftleitung der „Die Ouvrière“ Haussuchungen abgehalten und Bücher und Material für Räumungen beschlagnahmt. Die Sozialisten und die Syndikalisten, die unter Anklage gestellt sind, verweigern dem Untersuchungsrichter energisch jede Antwort, weil sie nicht die Behandlung als politische Gesetze befürworten. Die sozialistische Presse tritt kräftig gegen den Feldzug bürgerlicher Blätter ein, der auf lächerliche Errundungen zurückzuführen sei.

### Rückkehr von Kriegsgesangenen aus Rußland.

Gestern nachmittag traf ein neuer Transport von Heimkehrern aus Rußland mit dem Dampfer „Kiew“ in Stettin ein. An Bord befanden sich zumeist Kriegsgesangene, 128 Deutsche, 172 Österreichische, 236 Ungarn, 28 Rumänen sowie eine Anzahl Angehöriger anderer Nationen; ferner 8 Frauen und Kinder. Die Heimkehrer wurden in der üblichen Weise begrüßt. Ihre Weiterreise ist in die Wege geleitet worden.

### Streik der Krankenassistenten im Saargebiet.

Im Saargebiet sind die Krankenassistenten in den Streik getreten. Sie haben den Vertrag mit den Krankenassen mit sofortiger Wirkung gekündigt und behandeln die Krankenassistenten nicht mehr als Privatkunden.

### Die Nalandfrage.

Die dänische Presse nimmt in der Nalandfrage entschieden Stellung für Schweden und gegen Finnland. „Politiken“ macht der Friedenskonferenz den Vorwurf, dass sie diese Frage nicht schon länger entschieden habe. Das dänische Volk bringe den Bestrebungen der Nalander auf.

**Wiedervereinigung mit Schweden die größte Sympathie entgegen.**

Londner Blätter äußern zur Malandfrage, wenn die Malandinseln zu Schweden kommen, so entstehe dadurch eine dauernde Gefahr für Finnland.

"Altonbladet" schreibt: Die Malandfrage muss dem Völkerbund übergeben werden. Der jetzt begonnene Noten austausch gleicht dem, der den Weltkrieg einleitete. Er kann also die Veranlassung zu einem größeren Konflikt geben.

### **Neue Stellung des polnischen Eisenbahnverkehrs?**

Nach übereinstimmenden zuverlässigen Meldungen aus Warschau plant die polnische Regierung eine neue Einstellung des gesamten Eisenbahnverkehrs vom 15. Juli bis 15. August, eine Maßnahme, die mit militärischen Vorgängen begründet werden soll. Wie der Korrespondent der "T. U." erzählt, liegen an amtlichen Berliner Stelle gleichlautende Meldungen vor. Eine Verkehrsseinschaltung, die sich auch auf den polnischen Korridor erstrecken würde, müsste eine Verschiebung des auf den 11. Juli angepeilten Abstimmungs termins für Ost- und Westpreußen zur Folge haben, ein Ziel, auf das die Polen schon seit langem hinarbeiten.

### **Krafft's Londoner Aufenthalt.**

Am 8. Juni fand eine neue Zusammenkunft der Minister des deutschen Kabinetts mit Krassin statt. Sie dauerte zwei Stunden. Es nahmen außer Lloyd George und Bonar Law auch Curzon, Balfour, Austin Chamberlain sowie Long Dariell teil. Im Verlaufe der Verhandlungen ergab sich jedoch, dass Krassin nicht alle gewünschten Auffüllungen geben konnte. Infolgedessen wurde die Abarbeitung einer neuen Vereinbarung notwendig. Eine weitere Meldung besagt: In der Dienstag konferenz, die Krassin mit dem Obersten Wirtschaftsrat hatte, wurde, wie behauptet wird, über die Frage der Öffnung der Häfen und der Eisenbahnverbindung konfliktiert. In London verlautet, nach einer Meldung der "Telegraphen Union", dass die Sowjetregierung die englischen Bedingungen für die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs angenommen habe. Krassin hat, wie versichert wird, bereits große Mengen Chemikalien in London eingekauft.

Die großen schwedischen Lokomotivfabriken haben die Ausstrahlung der sozialdemokratischen Regierung nicht angenommen. Auch die meisten schwedischen Banken nehmen eine sehr reservierte Haltung ein. Eine Anzahl schwedischer Firmen, die von Sowjetrußland Schadensatz zu fordern haben, beschlossen, das russische Golddepot mit Arrest beladen zu lassen. An der Spitze der Aktion steht die schwedisch-russische Telefongesellschaft.

### **Englische Arbeiterveteraner in Sowjetrußland.**

Wie aus Moskau berichtet wird, hat die sich zurzeit in Sowjetrußland aufhaltende britische Arbeiterdelegation die Fabrikfeinrichtungen in Nischni Nowgorod besichtigt. An diese Besichtigung schloss sich eine Versammlung, in der der Vertreter der britischen Arbeiter die aktive Mitarbeit der britischen Arbeiterveteraner im Kampfe gegen den Weltkapitalismus forderte. Von Nischni Nowgorod wurde die Reise nach Kafan fortgesetzt.

Doch einem Modzauer Funkspur an die kommunistische Presse des Nordens hat sich der russische Transportarbeiterverband an die Transportarbeiterverbände Europas gewandt. Die Verbände werden aufgefordert, insbesondere alle Baren- und Munitionsfabriken an Polen zu kontrollieren. Das Manifest ist von dem Präsidenten des Russischen Eisenbahnerverbandes, des Wassertransportarbeiterverbandes sowie vom Sekretär der englischen Transportarbeiterorganisation unterzeichnet.

### **Das Budget des Völkerbundes.**

Die Mitgliedstaaten des Völkerbundes haben von dem Generaldirektor des Bundes ein Schreiben erhalten, in dem sie zur Zahlung ihres Beitrages für die Unlasten des Völkerbundes aufgefordert werden. Der Völkerbund fordert für seine Unlasten bis zum 31. März 1921 250 000 Pfund Sterling. Davon sollen die Gehälter, die Kosten des Internationalen Arbeitsbureaus einschließlich der Washingtoner Konferenz, die Kosten der Brüsseler Konferenz und der Reise der Studienkommission nach Russland gedeckt werden. Die Unlasten werden unter die Mitgliedstaaten nach dem Schlüssel des Weltpostvereins verteilt.

### **Das Arbeitskomitee für den ständigen Völkerbundgerichtshof,**

das auf der römischen Tagung des Völkerbundes beschlossen worden ist, wird am 11. Juni im Friedenspalast im Haag zusammengetreten. Mitglieder des Komitees sind der japanische Gesandte in Brüssel Adachi, Prof. Alfonso (Spanien), Prof. Bevilacqua (Brasilien), Baron Descamps

**Warning.**  
Das Heraustrennen von Kartoffeln, Kohlrabi und Bohnen rechts des Mühlweges zeigt ich rücksichtlos an. Eltern sind für ihre Kinder verantwortlich. Das selbe betrifft auch Gefügel und Ziegenfleisch.  
Tischer, Gröba.

### **Laden.**

Mein in schöner Lage bei Hauptstraße befindlicher großer Laden mit Wohnung ist per 1. Oktober zu vermieten. Ruhiges Frau J. Knipper, Hauptstraße 41, 1.

**Hörats-Gesuch.**  
Tüchtiger, solid, fleischermeister (Meistersohn), evang., 29 Jahr alt, mit größerem Vermögen, sucht auf diesem Wege Jungfräulein zwecks Ehefrau kennen zu lernen. Wenn möglich. Einbeirat in ein Geschäft oder Viehhandlung ob auch Galathia, Fleischerei, da ich auch gut im Fleihhand- und Verkauf bewandert bin. Strengste Vertraulichigkeit gesichert.

Werter Offerten bittet man an Herrn Paul Beauer, Großenhain, Charlotte, 5, zu senden.

Meiste. Witwe, 30 J. wirtschaftl. u. spartl. schöne Wohnungseinrichtung, etwa 80 m², wünscht auf d. Wege die Bekanntmachung eines soliden Krebs. Herrn zw. spät. Geirat, Offerten unter R X 6275 an das Tzbl. Niede erbeten.

### **Hühneraugen??**

Da hilft nur Rukitol, das schnell und sicher wirkende Mittel. Auch gegen Hornhaut, Ballen und Warzen mit bestem Erfolg anzuwenden. Preis 2,50 Mark.

### **Central-Drogerie Oscar Förster.**

Die diesjährigen Obstniedersetzungen an den Staatsstrukturen in den Amtsstrukturmeistereien Meißen-Ost, Großenhain, Niederspree, Rössen, Niede und Meißen-West sollen im Wege des förmlichen Angebots unter den allgemeinen bei dem unterzeichneten Straßen- und Wasser-Bauamt ausliegenden Bedingungen und zwar nur an berufsmäßige Obstwächter verpflichtet werden. Die Erbauer, deren Pachtsumme im Bezirk einer Amtshauptmannschaft oder einer Bezirksstadt Stadt 1000 Mark übersteigt, sind verpflichtet, das Ost einen vom Bauamt zu bezeichnenden Kommunalverband zu überlassen. Die Angebote sind bis Montag, den 21. Juni d. J. 11 Uhr vorm. verschlossen mit der Aufschrift "Obstverpachtung" bei dem unterzeichneten Bauamt einzureichen und werden dabei im Beisein etwa erschienener Bewerber eröffnet werden. Die Auswahl unter den Bewerbern, sowie die Ablehnung aller Angebote bleibt vorbehalten. Gebote, auf die bis zum 5. Juli kein ausgängernder Bescheid erteilt worden ist, sind als abgelehnt zu betrachten. Die Übersichten der in jeder Amtsstrukturmeisterei zum Verkauf kommenden Ausgaben, mit Angabe der Ausdehnung und Lage der Strecke, sowie die ungefähre Anzahl der auf jeder Strecke vorhandenen tragbaren Bäume sind bei dem unterzeichneten Bauamt zu entnehmen oder von diesem zu erhalten. Auskünfte hierüber können auch bei den betreffenden Amtsstrukturmeistern und bei den Abteilungswärttern eingeholt werden.

Meißen, am 10. Juni 1920.

### **Strassen- und Wasser-Bauamt.**

**Aufwartung** für norm. sofort gefüllt. Eisenwerk, Elbweg 4, 2.

**Kohrfrauen** werden angenommen beim Gaswerk, Niede, Autozähne.

**Gasaten.** Prof. Habda (Italien), Stromagent (Frankreich), Peder (Holland), Lord Phillipps (England), Elvius Root (Amerika) und Besitzlich (Terbolztothen).

### **Sitzung der sächsischen Volkskammer.**

Wl. Dresden, 9. Juni.

Präsident Krafft eröffnete die Sitzung kurz nach 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine kurze Anfrage des Abg. Bentler (Deutschland), ob in Sachsen der Belagerungstaufstand noch besteht oder nicht. Ministerialdirektor Dr. Schulze: Durch das Telegramm der Reichsregierung vom 14. März 1920 sei der Belagerungstaufstand für Sachsen zweifellos aufgedorben worden. Außerdem sei die Fassung des Telegramms nicht einwandfrei gewesen. Deshalb sei durch ein Telegramm des Reichsverkehrsministers, des Reichstagslers und des Reichsverkehrsministers vom 18. April 1920 die rechtliche Aushebung des Belagerungstaufstands für Sachsen bestätigt worden.

Es folgt die 1. Beratung über den Gesetzentwurf betr. Änderungen des Gesetzes über die Gerichtskosten. Abg. Dr. Wulff (Dem.): Seine Freunde hätten erhebliche Bedenken gegen die Vorlage, insbesondere gegen die Kosten erhöhung von 25 auf 200 Prozent. Abg. Dr. Wagner (Deutschland): Nach sozialdemokratischen Grundlinien sollte eine so erhebliche Vereinigung der Rechtsfolge eigentlich ausgeschlossen sein. Er beantragte die Verweisung der Vorlage an den Rechtsausschuss. Das Haus beschließt einstimmig antragsgemäß.

Weiter steht zur Beratung der Gesetzentwurf zur Änderung der Kostenordnung für Rechtsanwälte und Notare vom 22. Juni 1920. Abg. Wulff (Dem.): Auch gegen diese Vorlage beständen einige Bedenken, die eine Verweisung an den Rechtsausschuss erforderlich machen. Abg. Dr. Kaiser (D. P.): Auch seine Parteifreunde würden im Ausschuss noch eine Reihe von Wünschen vorbringen haben. Abg. Bentler (Deutschland): Es besteht tatsächlich eine Notlage unter den Rechtsanwälten, besonders in den Großstädten. Die Gebäudenförderung sei auch durch den vermehrten Anzugsaufwand der Anwälte berechtigt. Abg. Wente (Unabh.): Die Rechtsfolge sollte nach einer alten sozialdemokratischen Forderung unentgeltlich sein. Es müssten keiner Mittel und Wege dafür finden lassen. Auch diese Vorlage geht antragsgemäß an den Rechtsausschuss.

Präsident Krafft: Mit Rücksicht auf die Verhältnisse im Reiche und das Wahlergebnis sollte einem Antrage entsprechend die für Donnerstag und Freitag in Aussicht genommene Statberatung und politische Aussprache erst am nächsten Dienstag stattfinden. Die morgige Sitzung sei er auf 1 Uhr nachmittags mit folgender Tagesordnung fest: 1. Beratung über die Vorlage betr. die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer für die Religionsgesellschaften. 2. Beratung über das reliable Erhebungrecht in der neuen Regierungsstaffel. Schluß 11 Uhr.

### **Unsere Kinder im neuen Staat.**

Schon seit vielen Monaten ruhen in Deutschland — wenigstens gegen den äußeren Feind — die Bassen, aber die Unsicherheit des Verhältnisses hält an. Mit der Kriegsschäden werden vielfach die Nachkriegsschäden in einen Topf geworfen. Trotzdem ist hier, und gerade auf dem Gebiet der Kindererziehung und Fürsorge, eine Schuldung beider anzustreben. Meinhard Pfänder macht in dem neuesten Sonderheft der Süddeutschen Monatsschrift, "Der Kenntnis der Völker", deutlich, den Verlust dazu.

Die weit überwiegende Zahl von Todesfällen im ersten Lebensjahr geht bekanntlich auf Ernährungsstörungen zurück, deren Behandlung eine vorwiegend diätetische ist. Auf diesem Gebiete hat nur die Ernährungskunde in den letzten Friedensjahren nachhaltige Fortschritte gemacht; sie lehrt bestimmte Anzeichen für Nahrungsüberbelastungen besonderer Art kennen, hinsichtlich der man grobenteils auf die Minimierung der Nährmittelindustrie angewiesen ist. Als in den ersten Kriegsjahren in zunehmendem Maße erschwert wurde, griff eine plausiblere Organisation ein: die auf Grund des Gutachtens Sachverständiger als unentbehrlich erachteten Nährpräparate wurden für die Allgemeinheit dadurch hergestellt, dass die betreffenden Fabrikationsstädte das nötige Material angewiesen erhielten und ihre Ergebnisse unter kontinuierlicher Rücksicht an die Verbrauchersteller oder an die Apotheken lieferten, woselbst sie gegen ärztliche Verordnung erhältlich waren. Dieser Dienst funktionierte im ganzen sehr befriedigend während der ganzen Kriegs Jahre. Neuerdings aber konnten die für viele Krankheitsfälle unentbehrlichen Nährpräparate monatelang nicht erhalten werden: manche Mutter ließ in ihrer Verbrügung verzweifelt von einer Verkaufsstelle, von einer Apotheke zur anderen, während sich daheim an dem Kind das Schicksal vollzog. Die Ursachen fanden sich verschiedenen Orten, teils bei den Vertriebs-,

teils bei den Handelsunternehmen; da und dort sind es legale Endes oder die veränderten Arbeitsverhältnisse des neuen Staates. Kann man es einem Unternehmer der beteiligten Industrien verübeln, dass er seinen Betrieb stilllegt, weil er infolge der Neuorganisation bzw. Disorganisation mit Schaden arbeitet? Kann er anders als mit Schaden arbeiten, wenn unauslösbare Lohnforderungen ihm, die Gehaltssenkungen vernebt haben, ehe ihm auf Grund seiner Vorlagen der Verkaufspreis von der Reichsbehörde zugestanden werden könnte? Es liegt ja nahe zu fordern, dass Betriebe von solcher volkswirtschaftlicher Bedeutung sozial gestützt werden; aber es gehört ein weitgehender Optimismus dazu, anzunehmen, dass der Staat dieser Aufgabe heute gewachsen wäre.

Mit der Moraltage sind wir bei dem wichtigsten Punkt der Nachkriegsschäden gelandet. Säßen von förmlicher Verhöhlung, von liebloser Behandlung der Kinder müssen wir schon früher dann und wann begegnen. Gelegentlich hat der Verantwortliche wohl immer und überall erlebt: neuerdings aber treffen wir solches Verhalten von Eltern oder Fürsorgepflichtigen nicht mehr vereinzelt, sondern gehäuft. Wir haben da weniger Fälle im Auge, wo durch Mangel an Material und Betriebsmitteln, also unter dem Druck materieller Not, Schmutz und Ungeziefer die Kinder befallen haben — der Prozentsatz der Verlausung unter den Spitätsaugen ist alarmistisch auf einige % gelegen —, sondern solche, wo sich allen natürlichen Indizien zugleich Interessengesicht an Wohnsitz und Erhaltung des Nachwuchses oder gar noch Schlimmeres zeigt. In das Kapitel einschlägig in der Berichterstattung von Münchner Frauenräten über das Antreten der Kinder in Tochterburgen, der zu den erstickten Bevölkerungen Anlass gibt. Während vormalig auf hundert normale Geburten etwa sieben Fälle von Tochterburgen entfielen, liegt diese Zahl im gleichen Beobachtungskreis nach dem Kriege auf das Dreifache! Doch der vermehrte Fruchtlosigkeit etwa direkt infolge mütterlicher Unterernährung eintrete, ist ausgeschlossen, da es sich im wesentlichen um kriminelle Abtreibungen handelt. Überdurchschnittlich wird als Ursache hierfür die allgemeine Auslösung illegaler Ordnung bezeichnet. Die Leute haben die Furcht vor dem Staatsanwalt verlernt. Aber auch Empfindungen höheren Grades möchten wir hinzufügen. Können wir bei solchen Müttern gegen das Ungeheure viel vorsichtiger Fürsorge für das weit unbequemere und anstrengenderes Geborenwerden erwarten?

Dem Antiholzbarat beweist neuerdings in stereotyper Weise eine höchst bedauerliche Erscheinung: Die Erzengeralten nicht sich selbst persönlich, sondern die Allgemeinheit den Staat für verantwortlich und fürsorgslosigkeit in bezug auf ihr Kind und zwar auch außerhalb zwangsläufig der Notlage, auch dann beispielswise, wenn ihnen ein auf das Wohlach eine hohe verdienstvolle Verdienst leistet oder illegale Art offenkundig eine heimliche Verhaftung von mancherlei entbehrlichem Land und von Genussmitteln erlaubt. Wir möchten darin ein Beispiel annehmen: Wenn in Wort und Tat handgetan wird, dass die Allgemeinheit das Interesse an der Zukunft von Kindern hat, dann folgern daraus manche, es solle dieselbe Allgemeinheit auch die Kosten der Aufzucht übernehmen. Trotz der Kerk verhinderten Kinderzahl und trotz der Mücke vieler Frauen in die Handwirtschaft zeigt die Annahmenahme der Säuglingsheime und Säuglingsfürsorger — doch eingerückt machen mühseliger Weise von vornherein gescheut wird — oder doch ihr Verzumut bereits Schaden gebracht hat. Die Kindererziehung und Massenflüsse von Säuglingen und Kleinkindern aber bringt ihrerseits manche Gefahren. In diesen Richtungen macht sich eine Behandlung des Nachwuchses bemerkbar, geringfügig erscheinen.

### **Bermischtes.**

**32 Bergleute verunlängt.** Auf dem Michaelbornschacht der Antonienvilla fürte heute früh infolge Verleakungen der Bremssicherung eine Förderkugel mit 32 Bergleuten in die Tiefe. Etwa 30 Mann trugen teilweise schwere Verleakungen davon.

**Operation der Erzallerin Eugenie.** Die Erzallerin Eugenie, die Witwe Napoleons III., bat sich in Madrid, wo sie gegenwärtig weilt, einer Staroperation unterzogen. Sie ist 94 Jahre alt.

**Wieder eine Schieberbande in Köln verhaftet.** Die Kölner Kriminalpolizei hat sechs Personen wegen rücksichtiger Waggondiebstähle festgenommen, durch die die Eisenbahnverwaltung um über 10 Millionen Mark geschädigt wurde. Die Schieberbande hat Drahlfahrtrechte gefälscht und ganze Waggonladungen Benzin, Spirit und Autoreifen nach Düsseldorf, Leipzig und anderen Städten verschoben.

### **Kammer-Lichtspiele**

Riesa, Hauptstr. 1.

Ab heute:

### **Wenn Herzen in Liebe erglühen**

spannendes Drama in 4 Akten

sowie ein tolles Lustspiel.

Vorzugskarten bei A. Möller und Freizeit Müller.

Querfelde, Anzug, fast neu, für starke Figur zu verkaufen.

Näherberg 3.

Gebrauchte Arbeitsstühle verkauft Westermeierstr. 30, 3.

2 Mandolinen billig zu verkaufen.

Großenhainerstr. 25, 1.

Polyphon, sowie

2 Grammophone in Platten verkaufte Haubrichstr. 1, 1.

Ein großer Sportliegewagen zu verkaufen gekauft.

Offerten unter R. W. 1072 an das Tageblatt Riesa.

Ein großer Kinderwagen zu verkaufen. Haubrichstr. 13, 2.

1 ant. Tischplatte,

1 n. Tisch, Geschäftswagen, mehrere n. Tische,

15 m lg. (Druckseite) verkaufte

W. GmbH.

1. Gute, gebrauchte Arbeitskleidung zu verkaufen.

W. GmbH.

1. Gute, gebrauchte Arbeitskleidung zu verkaufen.